

Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin: Montag, 21.02.2022

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 21:04 Uhr

Raum, Ort: Kaisersaal der Stadthalle Greifswald, Robert-Blum-Straße,

17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r Egbert Liskow

<u>Mitglied</u>

Birgit Socher bis TOP 9.16

Kira Wisnewski Ibrahim Al Najjar Ulf Burmeister

Camille Marie Damm ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Robert Gabel Yvonne Görs Sandra Grubert

Prof. Dr. Frank Hardtke

Dr. Tjorven Hinzke Axel Hochschild Katharina Horn

Anja Hübner ab TOP 3 (öffentlicher Teil) Heiko Jaap ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Anica Jeske Lutz Jesse

Hulda Kalhorn ab TOP 2 (öffentlicher Teil) bis TOP

9.16

Dr. Jörn Kasbohm

Dr. Andreas Kerath

Thomas Kerl bis TOP 9.9
Gamal Khalil bis TOP 9.16

Jörg König

Alexander Krüger Christian Kruse Dr. Thomas Meyer

Seite: 1/46

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Christoph Oberst

Gerd-Martin Rappen

Dr. Mignon Schwenke

Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Dr. Jörg Valentin ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Erik von Malottki Dr. Monique Wölk

Katja Wolter ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Ingo Ziola

<u>Protokollant/in</u> Sarah Wiesenberg

Abwesend

Mitglied

Rita Duschek entschuldigt
Nikolaus Kramer entschuldigt
Jörg-Uwe Krüger entschuldigt
Jürgen Liedtke entschuldigt
Stephan Reuken entschuldigt
Grit Wuschek entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Bestätigung der Niederschrift	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2021	
3.2	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2022	
4	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen	
5	Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt	
6	Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern	
7	Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen	
8	Beschlusskontrolle	
8.1	Flächendeckendes öffentliches W-LAN für die Greifswalder Innenstadt CDU-Fraktion, Fraktion BG/FDP/KfV, Grit Wuschek	BV-P-ö/07/0130-0- 03
9	Beratung der Beschlussvorlagen	
9.1	Besetzungen	
9.1.1	Umbesetzung OTV Friedrichshagen <i>CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0182

9.1.2	Umbesetzung Ortsteilvertretung Innenstadt Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0192
9.1.3	Umbesetzung Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0191
9.1.4	Umbesetzung Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0190
9.1.5	Umbesetzungen Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hulda Kalhorn</i>	BV-P-ö/07/0175
9.1.6	Nachbesetzung Hauptausschuss Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0178
9.1.7	Umbesetzung Werksausschuss Abwasser Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hulda Kalhorn	BV-P-ö/07/0176
9.1.8	Umbesetzung Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0194
9.1.9	Umbesetzung Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindetag MV <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hulda Kalhorn</i>	BV-P-ö/07/0185
9.1.10	Benennung der Delegierten für die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25. März 2022 <i>Politik</i>	BV-P-ö/07/0195-01
	neue Version am 18.02.2022	
9.1.11	Vorschläge für die Ausschüsse und den Arbeitskreis der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) <i>Politik</i>	BV-P-ö/07/0196-01
	neue Version am 18.02.2022	
9.1.12	Umbesetzung in der AG "Barrierefreie Stadt" Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0188-01
9.1.13	Besetzung der AG GWduo - Arbeitsgemeinschaft Greifswald digital und online <i>neue Version am 18.02.2022</i>	BV-V/07/0527-01
9.1.14	Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen SPD-Fraktion	BV-P-ö/07/0199

9.2	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald - Nachholung einer öffentlichen Beschlussfassung	BV-V/07/0336-01-02
9.3	Annahme einer Spende für die Kita Tausend Farben	BV-V/07/0514
9.4	Hanse-Kinder - Jahresabschluss 2019	BV-V/07/0515-01
9.5	Bestellung der Familienbeauftragten	BV-V/07/0521
9.6	Außerplanmäßige Auszahlung für die Erneuerung des Hauptplatzes im Volksstadion	BV-V/07/0533
9.7	Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	BV-V/07/0508
9.7.1	Änderungsantrag: Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Antrag zur Vorlage BV-V/07/0508 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BV-V/07/0508-01
9.8	Überplanmäßige Auszahlung Straßenausbau Ladebow/Flugplatzsiedlung	BV-V/07/0519
9.9	Wohnungslosigkeit in Greifswald: Housing First als Paradigma prüfen <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0152-0- 01
	neue Version am 15.02.2022	
9.10	Prüfauftrag Querung Lomonossowallee <i>SPD-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0162
9.11	Wahlwerbung limitieren Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0177-02
	neue Version am 15.02.2022	
9.11.1	Änderungsantrag Wahlwerbung limitieren Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0177 Robert Gabel, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0177-01
9.12	Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch Robert Gabel, Anja Hübner	BV-P-ö/07/0181-01
9.13	Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft <i>CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0179-01

9.13.1	Änderungsantrag Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0179-01 SPD-Fraktion	BV-P-ö/07/0179-0- 01
9.14	Zugriff auf die Verwaltungsnetze der Schulen in Trägerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für Lehrkräfte Fraktion BG/FDP/KfV	BV-P-ö/07/0183-01
9.15	Sportvereine bei Auswirkungen der Hallenabrisse unterstützen <i>CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0186-01
9.16	Hohe Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0187-0- 01
	neue Version am 18.02.2022	
9.16.1	Änderungsantrag zu Hohe Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0187-0-01 CDU-Fraktion	BV-P-ö/07/0187-0- 02
10	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft	
11	Ende der Sitzung	
Nichtö	ffentliche Sitzung	
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Bestätigung der Niederschrift	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2021	
3.2	Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2022 (Bitte beachten: Änderungsbedarf ist als Anlage zur Sitzung eingestellt)	
4	Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt	

- Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 10 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt Hinweise zur Einhaltung der Corona-Bestimmungen und der damit verbundenen Verhaltensweise während der Sitzung.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Film- bzw. Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.

Das ist nicht der Fall.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über

neue Versionen:

- zu TOP 9.1.10 "Benennung der Delegierten für die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25. März 2022" (BV-P-ö/07/0195-01)
- zu TOP 9.1.11 "Vorschläge für die Ausschüsse und den Arbeitskreis der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)" (BV-P-ö/07/0196-01)
- zu TOP 9.1.13 "Besetzung der AG GWduo Arbeitsgemeinschaft Greifswald digital und online" (BV-V/07/0527-01)
- zu TOP 9.9 "Wohnungslosigkeit in Greifswald: Housing First als Paradigma prüfen" (BV-P-ö/07/0152-0-01)
- zu TOP 9.11 "Wahlwerbung limitieren" (BV-P-ö/07/0177-02)
- zu TOP 9.16 "Hohe Heizkosten abfedern soziale Härten vermeiden" (BV-P-ö/07/0187-01)

nachgereichte Änderungsanträge:

- zu TOP 9.7 "Änderungsantrag: Bebauungsplan Nr. 118 Südlich Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Antrag zur Vorlage BV-V/07/0508" (BV-V/07/0508-01)
- zu TOP 9.16 "Änderungsantrag zu Hohe Heizkosten abfedern soziale Härten vermeiden Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0187-0-01" (BV-P-ö/07/0187-0-02)

eine nachträglich eingegangene Vorlage

- "Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion,

Integration, Gleichstellung und Wohnen" (BV-P-ö/07/0199)

- . schlägt vor, die nachträgliche Beschlussvorlage als TOP 9.1.14 einzuordnen.
- . lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage "Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen" (BV-P-ö/07/0199) auf die Tagesordnung gesetzt wird:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Herr Dr. Kerath

. teilt mit, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ den Änderungsantrag zu TOP 9.16 "Änderungsantrag zu Hohe Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0187-0-01" (BV-P-ö/07/0187-0-02) nicht für einen Änderungsantrag sondern für einen Ersetzungsantrag halten. Daher müsse dieser mit der erforderlichen Mehrheit auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Herr Hochschild

. sagt, dass die CDU-Fraktion der Meinung sei, dass es sich um einen Änderungsantrag handele. Die Minimierung der Heizkosten sei ein wichtiges Thema und es müsse alles getan werden, um hierbei voranzukommen.

Die Sitzung wird für eine kurze Beratung vom Präsidenten der Bürgerschaft unterbrochen.

P A U S E 18:05 Uhr bis 18:08 Uhr

Frau Kalhorn, Frau Wolter, Herr Jaap, Herr Dr. Valentin und Frau Damm nehmen während des TOPs an der Sitzung teil.

Der Präsident der Bürgerschaft

- . informiert, dass nach rechtlicher Beratung nicht eindeutig geklärt werden konnte, ob der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zulässig ist oder nicht. In Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden wurde festgelegt, dass der Präsident entscheidet.
- . entscheidet, dass die Vorlage in Form des Änderungsantrages zugelassen werde.
- . schlägt vor, die TOPs 9.11 "Wahlwerbung limitieren" (BV-P-ö/07/0177-02) und 9.12 "Wahlwerbung ja aber maßvoll und ökologisch" (BV-P-ö/07/0181-01) in verbundener Aussprache zu behandeln.
- . lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift

3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2021

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Hübner nimmt an der Sitzung teil.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2022

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Frau Hübner befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht auf ihrem Platz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über folgende Themen:

Reinigungskräfte

Seit vielen Jahren gebe es für die Reinigungskräfte einen Haustarifvertrag. Dadurch behalte man die Reinigungskräfte als Mitarbeitende der Universitätsund Hansestadt Greifswald. Seit geraumer Zeit gebe es Gespräche mit dem Personalrat hinsichtlich der Überarbeitung des Haustarifvertrages. Der ausdrückliche Wunsch der Reinigungskräfte und des Personalrates sei es, nicht vom Haustarifvertrag abzuweichen. Andernfalls hätten die normalen Tarifvertragsbedingungen für sie gegolten.

Die Verhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien, dem Kommunalen Arbeitgeberverband und ver.di, seien mittlerweile abgeschlossen. Die Verträge befänden sich in der Unterschriftenrunde, welche in dieser Woche vollendet werde. Die Reinigungskräfte erhalten nun den normalen Stufenlauf und gleichzeitig bleibe der Kündigungsschutz erhalten. Sie würden dadurch finanziell deutlich besser gestellt werden. Die Zuordnung der bisher erworbenen Berufsjahre werde auch rückwirkend gewährt.

Stand des Umzugs in die Walther-Rathenau-Straße

Seit letzter Woche bestehe eine funktionierende Internetleitung. Mit einer Übergangslösung konnten Anfang Februar bereits der Sicherheitsingenieur, die Datenschutzbeauftragte und die Kolleg*innen des Wahlbüros einziehen. In den nächsten Tagen folgen die Mitarbeitenden der Abteilung Wirtschaft und Tourismus sowie der Fuhrparkmanager. Anfang März stehe der Umzug der Mitarbeiter*innen des Tiefbau- und Grünflächenamtes an. Sobald die Umbauarbeiten abgeschlossen seien, werden auch die Mitarbeitenden des Amtes für Bildung, Kultur und Sport in die Rathenau-Straße einziehen – voraussichtlich im April.

6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . infomiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft.

Diese werden als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigefügt.

<u>Anlage 1</u> Beschlussliste nichtöffentlicher Beschlüsse der Sondersitzung der Bürgerschaft am 20.01.2022 öffentlich

7 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. beantwortet die schriftlich gestellten Fragen der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

Die Beantwortung wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigefügt.

Anlage 1 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ öffentlich

8 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

8.1 Flächendeckendes öffentliches W-LAN für die BV-P-ö/07/0130-Greifswalder Innenstadt 0-03

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen

- . sagt, dass das flächendeckende, öffentliche WLAN bereits seit längerem Thema in der Bürgerschaft sei. In 2016 sei diesbezüglich ein Beschluss gefasst worden, welcher in 2021 durch einen weiteren Beschluss ergänzt worden sei. Aus den Beschlusskontrolllisten werde ersichtlich, dass ein Förderantrag bewilligt worden sei und die Angebotseinholung vorbereitet werde.
- . ging davon aus, dass bereits Pläne für die Umsetzung vorhanden seien, sodass nach der Fördermittelbewilligung umgehend mit der Ausführung begonnen werden könne.
- . stellt diesbezüglich folgende Fragen:
 - Was sei seit dem letzten Sommer hinsichtlich des flächendeckenden öffentlichen WLANs passiert?

- Werde es eine weitere Zusammenarbeit mit dem bisherigen Partner "Freifunk Greifswald e.V." geben?
- Wie sehe der weitere Zeitplan aus?
 - o Wieviel Zeit nehme die Planung in Anspruch?
 - o Wann sei mit der Fertigstellung der Planung zu rechnen?
 - o Wann erfolge die Umsetzung?

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Die weitere Zusammenarbeit mit dem bisherigen Partner werde nicht fortgesetzt, da dies aufgrund der Zeitspanne der Umsetzung durch einen ehrenamtlichen Verein von der Bürgerschaft abgelehnt worden sei. Daher werde nun nach einem kommerziellen Anbieter gesucht. Die Fördermittel seien am 23.12.2021 übergeben worden.

Herr Dr. Kerath

- . fragt, weshalb der Beschluss "1. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald" (B260-09/15) vom 16.11.2015 immer noch in Bearbeitung sei und wie lange die Bearbeitung voraussichtlich noch andauern werde.
- . möchte hinsichtlich des Beschlusses "Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen und verbesserte Ausstattung mit Jugendsozialarbeit und Straßensozialarbeit" (BV-P/07/0111-01) wissen, wie gegenüber dem Landkreis weiter verfahren werde. Die Beantwortung könne gern schriftlich zum Protokoll erfolgen.

Der Oberbürgermeister

. teilt hinsichtlich des Beschlusses zur Straßensozialarbeit mit, dass die Stadtverwaltung nicht vorsehe, den Rechtsweg zu bestreiten. Die Universitätsund Hansestadt Greifswald werde die Straßensozialarbeit vorerst selbst finanzieren.

Frau von Busse

. informiert, dass die "1. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald" (B260-09/15) in 2015 beschlossen worden sei. Jedoch sei die Beschlusskontrolle bis zum 31.12.2020 ausgesetzt worden, da der Beschluss eine Überprüfung nach einer gewissen Zeit beinhaltet habe. In der Zwischenzeit sei am 05.10.2017 die zweite Änderungssatzung über die Wärmeversorgung beschlossen worden. Die Gründe für die Überprüfung seien mittlerweile erfüllt, sodass dieser Beschluss als erledigt betrachtet werden könne.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlusskontrolle ist erfolgt.

<u>Anlage 1</u> Beantwortung der Fragen von Herrn Rappen hinsichtlich des WLANs öffentlich

9 Beratung der Beschlussvorlagen

9.1 Besetzungen

9.1.1 Umbesetzung OTV Friedrichshagen

BV-P-ö/07/0182

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion und Frau Grit Wuschek zeigen für diese Beschlussvorlage eine Zählgemeinschaft an.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Ingo Ziola als Mitglied der Ortsteilvertretung Friedrichshagen ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Andreas Bull als Mitglied der Ortsteilvertretung Friedrichshagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.2 Umbesetzung Ortsteilvertretung Innenstadt

BV-P-ö/07/0192

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr Marvin Medau wird als stellvertretendes Mitglied aus der Ortsteilvertretung Innenstadt abberufen und Frau Anja Hübner als stellvertretendes Mitglied in die Ortsteilvertretung Innenstadt berufen.

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 21.02.2022

Seite: 14/46

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.3 Umbesetzung Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

BV-P-ö/07/0191

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

- (1) Herr Marvin Medau wird als ordentliches Mitglied aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen abberufen.
- (2) Herr Robert Gabel wird als stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen abberufen und als ordentliches Mitglied in den den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen berufen.
- (3) Frau Johanna Splieth wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.4 Umbesetzung Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

BV-P-ö/07/0190

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr Marvin Medau wird als stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit abberufen.

Herr Christoph Volkenand wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.5 Umbesetzungen Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung

BV-P-ö/07/0175

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Fraktion B.90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) zeigen eine Zählgemeinschaft für die Ausschussbesetzungen dieser Beschlussvorlage an.

Die ZG Fraktion B.90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) in der Bürgerschaft schlagen folgende Ausschussumbesetzungen vor:

Tom Lichtenthäler ist nicht mehr Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung. Neues Mitglied wird Bernd Richter. Bernd Richter ist nicht mehr stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung. Neues stellvertretendes Mitglied wird Camille Damm.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.6 Nachbesetzung Hauptausschuss

BV-P-ö/07/0178

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 21.02.2022

Seite: 16/46

Frau Yvonne Görs wird als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.7 Umbesetzung Werksausschuss Abwasser

BV-P-ö/07/0176

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Fraktion B.90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) zeigen eine Zählgemeinschaft für die Ausschussbesetzung dieser Beschlussvorlage an.

Die ZG Fraktion B.90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) in der Bürgerschaft schlagen folgende Umbesetzung für den Werksausschuss Abwasser vor:

Tom Lichtenthäler ist nicht mehr Mitglied im Werksausschuss Abwasser. Neues Mitglied wird Katharina Horn.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.8 Umbesetzung Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH

BV-P-ö/07/0194

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr Timo Neder tritt als Mitglied des Aufsichtsrats der Theater Vorpommern GmbH zurück. Als neues Mitglied wird Frau Simone Dehn vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.9 Umbesetzung Mitgliederversammlung Städteund Gemeindetag MV

BV-P-ö/07/0185

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Fraktion B.90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) zeigen eine Zählgemeinschaft für den Vorschlag der Umbesetzung mit dieser Beschlussvorlage an.

Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindetag MV

Tom Lichtenthäler wird als Stellvertreter abberufen. **Claudia Kowalzyck** wird neue Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.10 Benennung der Delegierten für die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25. März 2022

BV-P-ö/07/0195-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft benennt als stimmberechtigte Delegierte für die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25. März 2022 in Hannover:

. Dr. Stefan Fassbinder

- . Daniel Seiffert
- . Jürgen Liedtke

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.11 Vorschläge für die Ausschüsse und den Arbeitskreis der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

BV-P-ö/07/0196-

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Alexander Krüger

. schlägt Frau Katharina Horn für den Arbeitskreis "Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger" vor.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schlägt für die Mitarbeit in den Ausschüssen und in dem Arbeitskreis des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) vor:

Deutsch-Französischer Ausschuss	N.N. N.N.
Deutsch-Polnischer Ausschuss	Daniel Seiffert Jürgen Liedtke
Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit	Kira Wisnewski N.N.
Arbeitskreis "Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger"	Katharina Horn N.N.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	0

9.1.12 Umbesetzung in der AG "Barrierefreie Stadt"

BV-P-ö/07/0188-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr Dr. Jörn Kasbohm wird in die AG "Barrierefreie Stadt" entsendet und ersetzt damit den bisherigen Vertreter der Fraktion, Herrn Timo Neder.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.1.13 Besetzung der AG GWduo - Arbeitsgemeinschaft BV-V/07/0527-Greifswald digital und online 01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt folgende Personen in die Arbeitsgemeinschaft "Greifswald digital und online" (AG GWduo) zu berufen:

Fraktion	Mitglied	Stellvertretung
DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT	Daniel Seiffert	Yvonne Görs
TIERSCHUTZ		
DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT	Robert Gabel	Lucas Treise
TIERSCHUTZ		
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Marco Krause	N.N.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Bernd Richter	N.N.
CDU	Benjamin Gau	N.N.
CDU	Ivo Sieder	N.N.
SPD	Marian	Prof. Dr. Thomas
	Moscinski	Stamm-
		Kuhlmann
AfD	N.N.	N.N.
BG/FDP/KfV	Katja Wolter	Hinrich Rocke

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen

mehrheitlich 0 1	
------------------	--

<u>Anlage 1</u> Begleitgremium AG GWduo_Themenanmeldung öffentlich

9.1.14 Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und BV-P-ö/07/0199 Wohnen

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr René Lenz wird als ordentliches Mitglied abberufen. Herr Henry Spradau wird zum ordentlichen Mitglied berufen. Herr Henry Spradau wird als stellvertretendes Mitglied abberufen. Frau Anne Lembke wird zum stellvertretenden Mitglied berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.2 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald - Nachholung einer öffentlichen Beschlussfassung

BV-V/07/0336-01-02

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald über die Aufgabenwahrnehmung durch den Eigenbetrieb Hanse-Kinder zur Prüfung des Anspruches auf Übernahme des Kostenbeitrages gemäß § 90 Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Ziff. 3 SGB VIII i. V. m. § 29 Abs. 2 KiföG M-V und der Bedarfsprüfung gemäß §§ 6 Abs. 2 bis 5, 7 Abs. 3 und 5 KiföG M-V in den Amtsbereichen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, des Amtes Landhagen, des Amtes Lubmin, des Amtes Peenetal-Loitz

und des Amtes Jarmen-Tutow gegen Vergütung in Höhe von 129.600,00 € jährlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

<u>Anlage 1</u> Vertrag öffentlich

Anlage 2 Anlage zum Vertrag öffentlich

9.3 Annahme einer Spende für die Kita Tausend Farben

BV-V/07/0514

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 € von der Firma Edelmann Immobilien-MV aus Rostock.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.4 Hanse-Kinder - Jahresabschluss 2019

BV-V/07/0515-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der geprüfte Jahresabschluss des Eigenbetriebes Hanse-Kinder für das Wirtschaftsjahr 2019, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung,

Finanzrechnung und Anhang wird mit

-> einer Bilanzsumme von	16.454.622,74 €
-> einem Eigenkapital von	8.101.092,14 €
-> und einem Jahresüberschuss von	175.421,09 €
	festgestellt.

- 2. Der Lagebericht des Eigenbetriebes Hanse-Kinder für das Wirtschaftsjahr 2019 wird festgestellt.
- 3. Der Jahresüberschuss 2019 in Höhe von 175.421,09 € wird gemäß § 13 Abs. 2 EigVO M-V mit dem Verlustvortrag aus dem Jahre 2018 in Höhe von 34.847,95 € verrechnet, der verbleibende Überschuss in Höhe von 140.573,14 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- 4. Dem Betriebsleiter wird für das Wirtschaftsjahr 2019 Entlastung erteilt.
- 5. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DOMUS AG, Rostock, als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2020 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

<u>Anlage 1</u> Anhang zur Beschlussvorlage Jahresabschluss 2019 öffentlich

9.5 Bestellung der Familienbeauftragten

BV-V/07/0521

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt Frau Claudia Kowalzyck mit sofortiger Wirkung gemäß § 12 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Familienbeauftragten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

<u>Anlage 1</u> Stellenbeschreibung Beauftragte für Gleichstellung, Familie und

9.6 Außerplanmäßige Auszahlung für die Erneuerung des Hauptplatzes im Volksstadion

BV-V/07/0533

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Schwenke

. betont, dass es unstrittig sei, dass die Kosten für Bauleistungen in den letzten Monaten drastisch gestiegen seien und die Stadtverwaltung dies nicht zu verantworten habe. Ebenso sei eine logische Folge, dass der Baugrund untersucht werden müsse, was gegebenenfalls vorher nicht erkannte Probleme aufdecke.

Seit vielen Jahren sei das Volksstation auf der Prioritätenliste ganz oben. Aus verschiedensten Gründen sei es immer wieder zu einer Verschiebung der Maßnahme gekommen. Dies ändere jedoch nichts an der hohen Priorität. bittet um Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 900.000 EUR für die Erneuerung des Hauptplatzes im Volksstadion.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.7 Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

BV-V/07/0508

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 KV M-V betroffen.

Herr König bringt den Änderungsantrag (BV-V/07/0508-01) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft

. lässt über Änderungsantrag "Änderungsantrag: Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich

Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Antrag zur Vorlage BV-V/07/0508" (BV-V/07/0508-01) abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 9.7.1). lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfsund Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße wie folgt:

- 1. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 118 Südlich Fontanestraße der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 1) wird beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Die Begründung (Anlage 2) wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
- 2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 118 Südlich Fontanestraße (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 118 Südlich Fontanestraße -, einschließlich dessen Begründung mit Umweltbericht, zu beteiligen.
- 3. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 118 Südlich Fontanestraße (Anlage 1), dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) und der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, sind ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich in das Internet einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	1

Anlage 1	B118_Entwurf_2022-02-21_Anlage_1_Plan öffentlich
Anlage 2	B118_Entwurf_2022-02-21_Anlage_2_Begründung öffentlich
Anlage 3	B118_Entwurf_2021-11- 17_Anlage_2_Begründung_Anlage_1_1_Biotoptypenkartierung öffentlich
Anlage 4	B118_Entwurf_2021-11-17_Anlage_2_Begründung_Anlage_1_2_E-A-Bilanzierung öffentlich
Anlage 5	B118_Entwurf_2021-11- 17_Anlage_2_Begründung_Anlage_2_1_Plan_Maßnahmen- flächen_Ausgleich öffentlich
Anlage 6	B118_Entwurf_2021-11- 17_Anlage_2_Begründung_Anlage_2_2_Pflanzplan_Hecke_AF_3

öffentlich

<u>Anlage 7</u> B118 Entwurf 2021-11-

17 Anlage 2 Begründung Anlage 2 3 Liste rezenter Obstgehölze

öffentlich

<u>Anlage 8</u> B118 Entwurf 2021-11-

17 Anlage 2 Begründung Anlage 3 1 Artenschutzrechtlicher

Fachbeitrag öffentlich

<u>Anlage 9</u> B118 Entwurf 2021-11-

17 Anlage 2 Begründung Anlage 3 2 Karte Brutvogelkartierung

öffentlich

Anlage 10 B118 Entwurf 2021-11-

17_Anlage_2_Begründung_Anlage_3_3_Erläuterungen_

Brutvogelkartierung öffentlich

<u>Anlage 11</u> B118_Entwurf_2021-11-

17 Anlage 2 Begründung Anlage 4 Städtebauliches Konzept

öffentlich

<u>Anlage 12</u> B118_Entwurf_2021-11-

17 Anlage 2 Begründung Anlage 5 Schalltechnische

Untersuchung öffentlich

9.7.1 Änderungsantrag: Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

BV-V/07/0508-01

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0508

behandelt unter TOP 9.7

Beschluss:

Im Text (Teil B aus Anlage 1) soll unter Abschnitt II (Örtliche Bauvorschriften) in Punkt 1 Satz zwei wie folgt ergänzt werden:

Pultdächer sind ausschließlich für dritte oberirdische Geschosse zulässig, Flachdächer sind mit Ausnahme von WA3 für dritte oberirdische Geschosse unzulässig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen Nein-Stimmen Enthaltungen

THE ITTERIOR I		mehrheitlich	4	4
----------------	--	--------------	---	---

9.8 Überplanmäßige Auszahlung Straßenausbau Ladebow/Flugplatzsiedlung

BV-V/07/0519

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt eine ÜPL i.H.v. 155.232,82 € für die Maßnahme Straßenausbau Ladebow/Flugplatzsiedlung im HH-Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.9 Wohnungslosigkeit in Greifswald: Housing First BV-P-ö/07/0152als Paradigma prüfen 0-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr König bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Al Najjar

. erinnert an den Tod eines bekannten Obdachlosen in Greifswald vor ca. 20 Jahren. Die Frage sei, ob er heute noch leben würde, wenn er eine Wohnung gehabt hätte.

Im Zuge der Corona-Maßnahmen sei man dazu aufgefordert worden, Zuhause zu bleiben, doch wie solle das gehen, wenn man keines habe?

Niemand solle auf der Straße leben müssen. Es werde eine Konzept benötigt, um jedem Menschen einen Wohnsitz zu ermöglichen. Mit dieser Ausgangslage falle es den Menschen leichter, sich um einen Job, die Gesundheit oder die Familie zu kümmern. Die Ursachen für Obdachlosigkeit seien dabei sehr individuell.

. bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Frau Dr. Schwenke

. schließt sich Herrn Al Najjar an, dass die Gründe für Wohnungslosigkeit vielfältig und komplex seien. Housing First solle dieser Komplexität Rechnung tragen. Wichtig sei, dass eine Wohnung zur Verfügung gestellt werde und der/die Betroffene, ausgerichtet an seinen/ihren Bedarfen, betreut werde. Die Diskussionen im Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration,

Gleichstellung und Wohnen hätten erahnen lassen, dass das Problem größer sei, als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde.

Mit dem Antrag in der heutigen Sitzung sei es allerdings nicht getan. Aufgrund der Diskussionen im Fachausschuss habe sie zu einem Treffen eingeladen, zudem sowohl die Wohnungsgesellschaften als auch Sozialverbände und möglichst alle, die mit Obdachlosigkeit zu tun hätten, an einen Tisch geholt werden. Ziel sollte die Verschaffung eines Überblicks sein, wie groß das Problem in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei. Außerdem solle über Lösungsansätze und präventive Maßnahmen gesprochen werden.

Herr Alexander Krüger

. schlägt aufgrund des geplanten Treffens vor, den Termin für die Beschlusskontrolle im Beschlusstext in das dritte Quartal zu verschieben.

Dem wird nachgekommen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die Prüfung des Paradigmas "Housing First" als komplexes Maßnahmenbündel zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Greifswald.

Insbesondere soll die WVG mbH für bis zu 10 Haushalte geeigneten Wohnraum identifizieren und die Voraussetzungen für eine mögliche Durchführung eines künftigen Modellprojektes bestimmen. Neben der Bereitstellung von Wohnraum seien hier insbesondere die Prüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen, die Förderfähigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit und die Aspekte der sozialen Betreuung künftiger Projektteilnehmender genannt.

Im Rahmen dieser Prüfung ist eine Abstimmung mit Sozialverbänden und insbesondere mit der bestehenden Obdachlosenhilfe vorzunehmen. Die Prüfung der oben genannten Voraussetzungen für ein später zu entwickelndes Modellprojekt sollen im dritten Quartal 2022 vorgestellt werden.

Beschlusskontrolle: Bürgerschaft 05.09.2022

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

9.10 Prüfauftrag Querung Lomonossowallee

BV-P-ö/07/0162

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Kerl verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Herr Al Najjar bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keine weitere Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, welche Maßnahmen an der Einmündung Ernst-Thälmann-Ring in die Lomonossowallee getroffen werden können, damit eine sichere Querung der Lomonossowallee erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.11 Wahlwerbung limitieren

BV-P-ö/07/0177-

02

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache der TOPs 9.11 und 9.12.

Herr König bringt die Beschlussvorlage "Wahlwerbung limitieren" (BV-P-ö/07/0177-02) ein.

Herr Gabel

- . bringt die Beschlussvorlage "Wahlwerbung ja aber maßvoll und ökologisch" (BV-P-ö/07/0181-01) ein.
- . zieht den Änderungsantrag "Änderungsantrag Wahlwerbung limitieren Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0177" (BV-P-ö/07/0177-01) zurück.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . sagt, dass die Wahlplakate für eine große Mehrheit der Menschen wichtig seien zur politischen Willensbildung, als Information über Themen und Kandidat*innen, als auch schlicht als Hinweis darauf, dass eine Wahl stattfinde. Eine solch erhebliche Einschränkung, wie sie hier vorgeschlagen werde, laufe auf eine Beschränkung des Wahlrechts hinaus. Das Wahlrecht umfasse schließlich auch die Möglichkeit der Information des Wählenden.
- . warnt vor einer solchen Beschränkung.

Grundsätzlich sollte in einer Demokratie der staatliche Einfluss auf den Wahlkampf so gering wie möglich ausfallen. Hinsichtlich der Wahlwerbung könnten selbstverständlich Einschränkungen im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit oder im Interesse des Denkmalschutzes erfolgen. Der heute vorliegende Vorschlag schränke Wahlwerbung jedoch in unzulässiger Weise ein. fragt, wie die Einbringer sich die Umsetzung des Punktes 1 vorstellen. Große Parteien, mit vielen Wahlhelfer*innen würden profitieren, hingegen kleine Parteien und Einzelbewerber*innen strukturell benachteiligt werden. Zudem fördere das vorgeschlagene Verfahren Vandalismus, indem Plakate

abgerissen werden, um sein eigenes als Drittes anzubringen. Zu Punkt 4 sei zu sagen, dass es einen verwaltungsrechtlich Bestimmtheitsgrundsatz gebe. Eine Beschreibung müsse hier rechtssicher sein, das bedeute, dass das Gebiet eindeutig identifizierbar sein müsse. Das Vorgeschlagene sei der Meinung der CDU-Fraktion nach verwaltungstechnischen praktisch nicht umsetzbar. Es bewirke Ungerechtigkeiten sowie Zufallsergebnisse und diese Vorlage begegne demokratietechnischen und verfassungsrechtlichen Bedenken.

Herr Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann

. sagt, dass jedes Mitglied der Bürgerschaft die Gegebenheiten des Wahlkampfes in Greifswald bereits kennengelernt habe. Wenn die daher bekannten Missstände eingedämmt werden, geschiehe der Demokratie kein Abbruch. Die Demokratie erfordere, dass alle Kandidat*innen die Chance hätten, auf sich hinzuweisen und ihre Anliegen bekannt zu machen. Alle Restriktionen, die die Chancengleichheit behindern, seien abzulehnen. Wer jedoch seine Werbung verdoppele, habe nicht mehr die Absicht auf sich aufmerksam zu machen, sondern wolle schlichtweg überwältigen. Ebenso sei eine Verkürzung der Werbewochen, die alle gleichermaßen treffe, kein Eingriff in die Chancengleichheit. Der von Frau Prof. Dr. Tolani angesprochene Punkt 4 sei als Prüfauftrag formuliert, sodass die Verwaltung der Politik an die Hand geben könne, wie man die Bereiche widerspruchsfrei und eindeutig markiere.

Herr Alexander Krüger

. bestätigt, dass es sich bei Punkt 4 der Beschlussvorlage um einen Prüfauftrag handele. Hinsichtlich der Chancengleichheit hätten kleinere Parteien bereits jetzt Schwierigkeiten, rechtzeitig zu plakatieren. Durch die Beschlussvorlage ergebe sich die Möglichkeit, dass jede*r Kandidat*in Platz für seine Plakate an den Laternen finde.

Herr Dr. Mever

- . sagt, dass beispielsweise bei der Wahl des Oberbürgermeisters unterschiedliche Parteien einen Kandidaten unterstützen würden. Handele es sich hierbei um unterschiedliche Wahlvorschlagsträger*innen, sodass an einem Fahnenmast mehrmals das gleiche Plakat einer*s Kandidat*in (je Partei ein Plakat) platziert werden könne?
- . stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

Herr von Malottki

- . teilt mit, dass der Wettbewerb durch die Beschlussvorlage nicht eingeschränkt, sondern geregelt und in gute Bahnen gelenkt werden solle.
- . geht nicht von Vandalismus aus, denn dies wäre eine Straftat.
- . vermutet, dass es für die Verwaltung keinen enormen zusätzlichen Kontrollaufwand geben werde, da die Parteien untereinander darauf achten werden, was die jeweils andere Partei unternehme. Die Einhaltung der Regeln werde dementsprechend durch die Öffentlichkeit und die Mitstreiter*innen gewährleistet.

Herr Rappen

. geht auf die bisherigen Redebeiträge ein und sagt, dass die Beschlussvorlage, so wie sie derzeit vorliege, nicht umsetzbar sei.

Herr König

. beantwortet die Frage, wie damit umgegangen werde, wenn zwei Parteien

behaupten, sie hätten jeweils das dritte Plakat an einem Laternenmast angebracht. Man könne sich im Wesentlichen im Streitfall – ggf. auch auf Geschäftsführer*innenebene – austauschen und nachvollziehen, wer das erste Foto eingereicht habe.

Seine Erfahrung sei jedoch, dass die meisten Kandidat*innen im Wahlkampf im Umgang miteinander fair seien.

Herr Prof. Dr. Hardtke

- . versteht den Hintergrund der Beschlussvorlage und befürwortet die Eindämmung der Wahlwerbung. Aber in der Form, wie die Beschlussvorlage vorliege, könne sie nicht beschlossen werden. Was beinhalte beispielsweise der Begriff "Wahlvorschlagsträger*in"? Sei damit die Partei oder Wählergemeinschaft gemeint, die einen Wahlvorschlag trage? Im Falle einer Kommunalwahl hieße dies dann, dass die Parteien bei mehreren Kandidat*innen dennoch nur ein Plakat pro Laterne anhängen dürfe oder beziehe sich dies auf den einzelnen Kandidaten/die einzelne Kandidatin?
- . bekräftigt aufgrund der ungeklärten Fragen den Antrag von Herrn Dr. Meyer, die Beschlussvorlage noch einmal in den Fachausschüssen zu beraten.

Der Oberbürgermeister

- . erklärt, dass in Greifswald eine sehr hohe Dichte an Wahlmaterial zu beobachten sei.
- . pflichtet Frau Prof. Dr. Tolani bei, dass eine Wahl dazu diene, die Menschen darauf aufmerksam zu machen. Allerdings sei hierfür eine festgelegte Begrenzung sinnvoll.

Bei der Beschlussvorlage handele es sich um einen politischen Auftrag an die Verwaltung, die den rechtlichen Rahmen prüfen und vorgeben müsse.

Herr Gabel

. geht auf den Begriff "Wahlvorschlagsträger*in" ein und sagt, dass der Begriff aus dem Wahlrecht entnommen worden sei. Auf dem Formular, welches man als Kandidat einreiche, könnten mehrere Parteien als Wahlvorschlagsträgerbeteiligte genannt werden. Insgesamt handele es sich jedoch um eine*n Wahlvorschlagsträger*in.

Frau Jeske

. informiert, dass im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung konstruktiv über das Thema diskutiert worden sei und diesbezüglich gemeinsam mit der Verwaltung ein Konzept erstellt werden sollte.

. fragt, ob dies erfolgt sei.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Zurückverweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	20	0

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Limitierungen für die Wahlwerbung politischer Parteien, Wählergemeinschaften und EinzelbewerberInnen in die entsprechenden Satzungen einzuarbeiten und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen (Beschlusskontrolle 1. Quartal 2023).

- 1. Pro Lichtmast sollen maximal drei Doppelplakate erlaubt sein. Jede Wahlvorschlagsträgerin darf nur ein Doppelplakat pro Lichtmast anbringen.
- 2. Eine Wahlvorschlagsträgerin darf nicht zwei aufeinanderfolgende Lichtmasten einer Straßenrichtung plakatieren.
- 3. Wahlplakate dürfen maximal im Format DIN A1 an Lichtmasten angebracht werden.
- 4. Zu prüfen ist, ob am Museumshafen, im Stadtpark sowie in Wieck und Eldena (Klosterruine) die Plakatierung untersagt werden kann. Wenn ja, sind diese Verbote in die Satzungen aufzunehmen.
- 5. Der zur Plakatierung gewährte Zeitraum wird auf 6 Wochen vor und 2 Wochen nach der Wahl reduziert.
- 6. Bisherige Regeln und Beschränkungen bleiben erhalten, sofern durch Punkt 1-5 keine Veränderung beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	10	2

9.11.1 Änderungsantrag Wahlwerbung limitieren Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0177

BV-P-ö/07/0177-

behandelt unter TOP 9.11

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt folgende Änderungen:

Punkt 1 wird ersetzt durch:

"Die Anzahl der Doppelplakate, die eine Wahlvorschlagsträgerin im Stadtgebiet an Lichtmasten befestigen darf, beträgt maximal:

- a) zur Europawahl, Bundestagswahl, Landtagswahl, Kreistagswahl, Bürgerschaftswahl: 90, je Liste
- b) zur Kreistagswahl, Bürgerschaftswahl: 3 zusätzliche pro besetztem Listenplatz
- c) zur Bundestagswahl, Landtagswahl, Kreistagswahl, Bürgerschaftswahl: 60 (zusätzlich) pro Direktkandidatur und Einzelbewerbung
- d) zur Wahl Oberbürgermeister*in, Wahl Landrat*rätin: 240

e) zu Volksinitiativen, Begehren, Entscheiden und Referenden: 240, je Partei, Wählergemeinschaft oder Initiative

Die Anzahlen gelten je stattfindende Wahl sowie kandidierende Listen und Personen in den Wahlbereichen/Wahlkreisen im Stadtgebiet. Tritt eine Wahlvorschlagsträgerin zu mehreren Wahlen im selben Zeitraum an, dritteln sich jedoch die angegebenen Anzahlen für jede zusätzliche Wahl unter a), b) und c)."

Punkt 2 wird ersetzt durch:

"Pro Lichtmast sollen maximal drei Doppelplakate erlaubt sein. Jede Wahlvorschlagsträgerin darf nur ein Doppelplakat pro Lichtmast anbringen."

Punkt 3 wird ersetzt durch:

"Eine Wahlvorschlagsträgerin darf nicht zwei aufeinanderfolgende Lichtmasten einer Straßenrichtung plakatieren."

Punkt 5 wird ersetzt durch:

"In der Nähe von Grünanlagen, Wald und Gewässern wird die Plakatierung untersagt. Die konkreten Flächen sind von der Verwaltung zu erarbeiten und zur Beschlusslage vorzulegen."

Punkt 8 wird hinzugefügt:

"Es sind kontingentierte und zuordenbare Aufkleber an die Wahlvorschlagsträgerinnen auszugeben, um die Einhaltung der Bestimmungen zu gewährleisten."

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

9.12 Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch BV-P-ö/07/0181-01

Die Diskussion wurde gemeinsam mit TOP 9.11 geführt (siehe TOP 9.11).

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt,

dass Wahlwerbung nur noch auf zugewiesenen Flächen und in ausgewiesenen Straßen erlaubt ist.

Hierfür sollen im Stadtgebiet maximal 50 Bauzäune bzw. Aufsteller zur Verfügung gestellt werden, die von den Wahlvorschlagsträgerinnen innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums zur Plakatierung genutzt werden können. Zudem sind maximal 50 Standorte für Großplakataufsteller auszuweisen und ebenfalls an die Wahlvorschlagsträgerinnen zu vergeben.

Es sind auf festgelegte Straßen(abschnitte) begrenzte Möglichkeiten für Plakatwerbung mit ökologischen Auflagen an Lichtmasten zu schaffen und diese sollen nicht in Grünanlagen-, Wald- oder Gewässernähe sein. Es sind feste Kontingente für DIN-A1-Doppelplakate je Wahlvorschlagsträgerin für

Listenwahlvorschläge (max. 60) und zusätzliche Kontingente für Einzelbewerbungen und Direktkandidaturen (max. 30), kommunale Personen-(max. 2 je Person) und Direktwahlen (max. 200) sowie direktdemokratische Abstimmungen (max. 200) festzulegen. Die Plakate müssen mit von der Verwaltung ausgegebenen kontingentierten und zuordenbaren Aufklebern versehen werden.

Die Verwaltung soll darauf aufbauend gemeinsam mit interessierten Wahlberechtigten, den Bürgerschaftsfraktionen und dem Rechtsamt einen Satzungsentwurf erarbeiten, der den wahlwerblichen Wettbewerb und die Informationsbedürfnisse der Bevölkerung garantiert, aber ökologische, sicherheitsrelevante und demokratieförderliche Zielsetzungen berücksichtigt. Die Verwaltung soll daraus folgend eine rechtskonforme Satzung bzw. Änderung der bestehenden Sondernutzungssatzung, die auch Ordnungsgelder für Zuwiderhandlungen und Ersatzvornahmen enthält, der Bürgerschaft zum Beschluss bis Herbst 2023 vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	mehrheitlich	einige

<u>Anlage 1</u> Beschlussvorlage Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch öffentlich

9.13 Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft

BV-P-ö/07/0179-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Punkt 3 des Änderungsantrages "Änderungsantrag Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0179-01" (BV-P-ö/07/0179-0-01) von der SPD-Fraktion übernehme.

Herr Dr. Kerath bringt den Änderungsantrag "Änderungsantrag Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0179-01" (BV-P-ö/07/0179-0-01) der SPD-Fraktion ein.

Herr Dr. Meyer beantragt Einzelabstimmung der Punkte im Änderungsantrag "Änderungsantrag Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0179-01" (BV-P-ö/07/0179-0-01) der SPD-Fraktion.

Der Präsident der Bürgerschaft

- . lässt über die Punkte des Änderungsantrages einzeln abstimmen.
- . lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ¹ erlässt für Sondernutzungen durch Gastronomiebetriebe die Gebühren gemäß § 4 der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald i.v.m.¹ Nr. 4.2 der Anlage zur Gebührensatzung sowie für den entsprechenden Anwendungsbereich der Hafengebührensatzung solange, wie die Landesregierung coronabedingte Einschränkungen bei dem Zugang zu den Gastronomiebetrieben festsetzt.¹
- 2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die rechtlichen Möglichkeiten zur Nichterhebung der Vergnügungssteuer für den Zeitraum zu prüfen, in dem die Landesregierung den Zugang zu den Gastronomiebetrieben coronabedingt einschränkt 1 und der Bürgerschaft anhand des Prüfergebnisses eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.
- 3. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald² beauftragt den Oberbürgermeister, bei der Veranstalterin² des Greifswalder Weihnachtsmarktes auf einen Erlass der Standgebühren für den Weihnachtsmarkt 2021² hinzuwirken und den dadurch bei der Veranstalterin² entstehenden Einnahmeausfall auszugleichen, soweit die Standgebühren nicht durch entsprechende Zahlungen aus dem Förderprogramm "Überbrückungshilfe III" ausgeglichen werden.²
- ¹ Änderungsantrag der SPD-Fraktion
- ² Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom Einbringer übernommen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	2

9.13.1 Änderungsantrag Unterstützung von Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0179-01

BV-P-ö/07/0179-0-01

behandelt unter TOP 9.13

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erlässt für Sondernutzungen durch Gastronomiebetriebe die Gebühren gemäß § 4 der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald i.v.m. Nr. 4.2 der Anlage zur Gebührensatzung sowie für den entsprechenden Anwendungsbereich der Hafengebührensatzung solange, wie die Landesregierung coronabedingte Einschränkungen bei dem Zugang zu den Gastronomiebetrieben festsetzt.

- 2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die rechtlichen Möglichkeiten zur Nichterhebung der Vergnügungssteuer für den Zeitraum zu prüfen, in dem die Landesregierung den Zugang zu den Gastronomiebetrieben coronabedingt einschränkt und der Bürgerschaft anhand des Prüfergebnisses eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.
- 3. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, bei der Veranstalterin des Greifswalder Weihnachtsmarktes auf einen Erlass der Standgebühren für den Weihnachtsmarkt 2021 hinzuwirken und den dadurch bei der Veranstalterin entstehenden Einnahmeausfall auszugleichen, soweit die Standgebühren nicht durch entsprechende Zahlungen aus dem Förderprogramm "Überbrückungshilfe III" ausgeglichen werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	mehrheitlich	7	2
Punkt 2	mehrheitlich	1	3
Punkt 3	mehrheitlich	7	1

9.14 Zugriff auf die Verwaltungsnetze der Schulen in Trägerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für Lehrkräfte

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Burmeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass es in diesem Fall keines Beschlusses der Bürgerschaft bedürfe. Sollte in einer Schule ein entsprechender Bedarf bestehen, werde dieser unter Prüfung des Datenschutzes von der Verwaltung gewährleistet.

Frau Socher

. ist der Meinung, dass jede Schule für sich eine interne Regelung finden müsse. . habe gehört, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine Software für die Schulen anschaffen wolle, die eine Schule in die Lage versetze, den hier geforderten Punkten nachzukommen.

Herr Dr. Kerath

. teilt mit, dass die SPD-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Zum einen aus den vom Oberbürgermeister genannten Punkten. Zum anderen stelle sich die Frage, ob dieser Antrag überhaupt zulässig sei, da die Bürgerschaft nicht in die laufenden Geschäfte der Verwaltung eingreifen dürfe.

Herr Rappen

- . sagt, dass sich die CDU-Fraktion wundere, dass die Beschlussvorlage notwendig sei. Es sollte längst zum Standard gehören, dass Lehrer*innen von Zuhause auf die Schulnetze zugreifen können. Zudem handele es sich hierbei nicht um einen Einzelfall, sondern sollte in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald einheitlich gehandhabt werden.
- . kritisiert das schleppende Vorangehen der Digitalisierung in den Schulen.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass nicht jede Schule eine Anbindung von Zuhause an das Verwaltungsnetz wolle. Im EDV-Bereich hätten die Schulen Autonomie.

Herr Burmeister

. ist der Meinung, dass ein Standard für alle Schulen gesetzt werden müsse. Die Nutzung sei dann jeder Schule selbst überlassen.

Herr von Malottki

- . wünscht sich, dass diese Themen in Beratungen mit allen Schulleiter*innen und Mitarbeitenden der Verwaltung angesprochen werden.
- . erhofft sich mit der neuen Bildungsministerin auf Bundesebene eine Beschleunigung hinsichtlich der Digitalisierung an Schulen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass der Zugriff auf die Verwaltungsnetze der Schulen in Trägerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für alle Lehrkräfte der jeweiligen Schule auf ihren dienstlichen Endgeräten auch außerhalb der Schule gewährleistet wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	8	einige

9.15 Sportvereine bei Auswirkungen der Hallenabrisse unterstützen

BV-P-ö/07/0186-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass Vertreter*innen der Verwaltung, des Stadtsportbundes und des Landkreises zusammen über eine mögliche Lösung diskutieren würden. Natürlich könne es nicht sein, dass die Sportvereine, die zufällig in diesen Hallen trainieren würden, mit dem Problem allein gelassen werden.

Frau Dr. Schwenke

. stellt klar, dass das Grundanliegen, die Sanierung der Sporthallen, etwas Positives sei. Dabei sei eindeutig, dass der Schulsport die erste Priorität haben müsse. Die Bauphase bringe zwangsläufig Einschränkungen mit sich. Dies sei allen bewusst. Aber die Situation der Vereine sei weder der Verwaltung noch der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen egal. In der kommenden Sitzung des Fachausschusses werde man darüber sprechen, welche Vereinbarungen es mit den Vereinen gebe und wie mit dieser Situation umgegangen werden solle. Mehrkosten seien hierbei voraussichtlich nicht auszuschließen.

. hält es jedoch nicht für angemessen, pauschal zu sagen, dass alle Mehrkosten übernommen werden. Man sollte berücksichtigen, dass die Situationen in den Vereinen doch sehr unterschiedlich seien.

Herr Dr. Meyer

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

Herr Alexander Krüger

. schließt sich der Aussage von Frau Dr. Schwenke an, dass das Ausschütten von Geld nach Gießkannenprinzip nicht sinnvoll sei. Es seien vorher mehrere Aspekte zu betrachten.

Herr Liskow lässt über die Verweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Frau Grubert befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Abstimmungsergebnis:

zurück in die Fachausschüsse verwiesen

9.16 Hohe Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden

BV-P-ö/07/0187-0-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Im Dezember 2018 habe Frau von Busse von einer Kampagne gesprochen, die die Verwaltung starten wollte, damit alle Anspruchsberechtigten den Anspruch auf Wohngeld auch tatsächlich wahrnehmen und entsprechende Anträge stellen.

. könne jedoch nicht erkennen, dass die Maßnahme konkret durchgeführt worden sei und welche signifikanten Erhöhungen in der Zahl der Berechtigten dadurch ersichtlich seien.

Allerdings sei immer noch Zeit, jetzt mit dieser Kampagne zu beginnen.

Herr Hochschild bringt den Änderungsantrag "Änderungsantrag zu Hohe

Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0187-0-01" (BV-P-ö/07/0187-0-02) der CDU-Fraktion ein.

Anmerkung der Protokollantin:

Auf Antrag von Herrn von Malottki (im anschließenden Verlauf ersichtlich) werden die folgenden Redebeiträge von Frau von Busse und Herrn von Malottki wortwörtlich in das Protokoll aufgenommen.

Frau von Busse

"Herr Präsident, werte Bürgerschaftsmitglieder, ich möchte gar nicht in die inhaltliche Diskussion einsteigen - allerdings auf die Anfrage von Herrn Dr. Kerath antworten. Die ist insofern unrichtig, dass nicht im Jahr 2020 das in Aussicht gestellt wurde, sondern das war Jahresende 2019. Und Sie werden unschwer an dem Datum erkennen, dass war quasi; danach kam Corona. Und die ganzen angesetzten Ideen, dass die Gespräche mit der WVG, mit der WGG, in den Gesprächen, in den regelmäßigen Versammlungen, in den Beratungen, insbesondere gerade für die älteren Mieter ja regelmäßig stattfinden, dann eben dafür Werbung gemacht wird, die sind schlicht und ergreifend wegen Corona nicht erfolgt. Da gebe ich Ihnen Recht. Ich habe mich mit Herrn Fassbinder auch die Woche jetzt dazu nochmal verständigt, dass wir einfach auch nochmal über Pressearbeit versuchen, die Leute darüber zu informieren, einen Antrag stellen zu können. Ich möchte allerdings mit einem Mythos aufräumen und zwar in aller Deutlichkeit, weil wir werden im Moment gerade als Wohngeldstelle mit Anträgen überflutet, die tatsächlich unzulässig sind. Bei der Berechnung von Wohngeld spielen die Heizkosten keine Rolle. Null. Also jeder der jetzt erhöhte Heizkosten hat, braucht keinen Wohngeldantrag stellen, wenn er nicht vorher schon Wohngeld bezogen hat. Also ich will's wirklich in der Deutlichkeit sagen, weil es sind hunderte von Anträgen da. Wir haben beschränkte Mitarbeiterkapazitäten. Eine Mitarbeiterin wird jetzt auch zur Wahl des Oberbürgermeisters für mehrere Monate nicht in dem Bereich zur Verfügung stehen. Andere gehen in Rente. Nachbesetzungen sind noch nicht erfolgt. Also es ist tatsächlich ein Problem. Und da anscheinend ja hier aus dem politischen Kreisen auch diese Thematik vorangetrieben wurde, möchte ich es wirklich in dieser Deutlichkeit sagen: Bei Wohngeld spielen Heizkosten keine Rolle. Es geht um die Kosten der Miete und es geht um die kalten Mietkosten - keine Heizkosten. Bitte, wo Sie Einfluss darauf haben, sorgen Sie dafür, dass dort nicht Arbeit - Verwaltungsarbeit - produziert wird, die wir tatsächlich an anderen Stellen sinnvoller brauchen und wo wir tatsächlich für wirkliche Antragsberechtigte nicht die Kapazitäten haben, das Ganze zu bearbeiten. Und ich möchte in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass es nicht nur Wohngeldempfänger sind, sondern wir müssen regelmäßig in der Wohngeldstelle auch Vergleichsberechnungen machen für SGB II – also Hartz IV-Empfänger, was der Günstiger-Vorteil ist, weil wer eine Sozialleistung bezieht, kann keine andere beziehen und insofern fällt dann auch Wohngeld raus. Soviel vielleicht zur Klarstellung von mir an dieser Stelle. Herzlichen Dank."

Herr von Malottki

"Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerschaftsmitglieder, liebe Bürgerinnen und Bürger, bevor ich den Änderungsantrag einbringe, muss ich sagen, ich bin ein bisschen baff. Habe ich gerade echt gehört, dass Sie Menschen, die höhere Heizkosten haben und bisher kein Wohngeld beziehen, dazu aufgerufen haben, keinen Antrag zu stellen? Das muss man unbedingt korrigieren, wenn das so gemeint war. Es gibt sehr viele Menschen in unserer Stadt, die eigentlich wohngeldberechtigt wären, bisher aber – haben Sie nicht gesagt, das war Frau von Busse. Es gibt sehr viele Menschen in unserer Stadt, die wohngeldberechtigt sind, aber bisher keinen Antrag gestellt

haben und deswegen ist es im Gegenteil so. Viele Menschen, die jetzt sozusagen ein geringes Einkommen haben, aber eine hohe Miete haben, sollten unbedingt einen Antrag stellen, um das ... um sozusagen zum Beispiel diesen Wohngeldzuschuss/Heizkostenzuschuss auch zu bekommen. Wir beantragen, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, den Deutschen Städtetag sozusagen dort Möglichkeiten einzubringen, wie Bund und Länder weiter unterstützen können. Das ist der richtige Weg. Warum ist es nicht der richtige Weg, jetzt hier den runden Tisch zu machen? Das hängt einfach damit zusammen, dass es hier in Greifswald so ist - mittlerweile -, dass ein sehr guter Draht von Menschen, die sich mit dem Thema auskennen. Zum Beispiel unser Aufsichtsratsvorsitzender von der WVG hat mich schon vor drei Wochen auf die Frage der höheren sozusagen Heizkosten bei der WVG hingewiesen. Und Sie müssen sich vorstellen: Unser Greifswald ist zweimal als Beispiel in der SPD-Bundestagsfraktion – so viel kann ich vielleicht aus dem nichtöffentlichen Teil sagen - genannt worden. Ich habe das dort angesprochen und die Regierung ist tatsächlich soweit, dass sie sich um das Thema sehr stark kümmert und in der Vergangenheit – also in den letzten Wochen – Dinge vorbereitet hat. Ich möchte mal ganz kurz sagen, was unter anderem feststeht und wenn man sich die Begründung für Ihren Änderungsantrag ansieht, dann sehen Sie sozusagen, dass genau dies schon gemacht wird: Der Wohngeldzuschuss wird kommen – der Heizkostenzuschuss. Die BAföG-Empfängerinnen und Empfänger werden einen Zuschuss bekommen und auch für Auszubildende wird was getan in dem Punkt. EEG-Umlage wird vorgezogen u. a. - weil das Sie gesagt haben, die Landesregierung macht nichts - am 31. Januar hat der Wirtschaftsminister Meyer genau diese Forderung an die Bundesregierung herangetragen. Das heißt, genau das passiert. EEG-Umlage wird vorgezogen und am Mittwoch wird der Koalitionsausschuss zu diesem Thema tagen, u. a. aufgrund des Drängens, was in den vergangenen Wochen passiert ist mit den Argumenten, die wir aus Greifswald hatten u. a.. Aber ich will jetzt nicht so vermessen sein, dass es nur an Greifswald liegt. Es wird einen Kindersofortzuschlag, aus meiner Sicht, geben. Wir werden bei der Pendlerpauschale, weil Sie die Autofahrerinnen und Autofahrer angesprochen haben, wird aus meiner Sicht was passieren. Wir werden was für Grundsicherungsempfänger machen. Wir werden was für Mieterinnen und Mieter machen und ich hoffe, dass da wirklich auch was passiert. Aber natürlich gerne auch mit Hilfe und Unterstützung des Städte- und Gemeindetages, weil das sind die Leute, die sich mit dem Thema auskennen und uns auch noch sagen können, wo wir genau handeln. Ich muss aber nochmal zwei Sachen einfach loswerden. Was wir jetzt haben, ist ein Problem, was vor allen Dingen, ein Rohstoffproblem ist und vor allen Dingen auch mit Gas zu tun hat. Sie müssen sich vorstellen, dass der Gas-Preis um 100 Prozent steigen wird – und schon gestiegen ist, aber auch sozusagen das jetzt über den Jahresverlauf. Herr Prauße wird das vielleicht bestätigen. Bei Gas haben wir ein Riesenproblem. Deswegen muss es auch meiner Sicht einen Gasdeckel geben. Aber es ist auch so: Hätten wir in den vergangenen Jahren den Widerstand gegen den Ausbau der erneuerbaren nicht in dieser krassen Form gehabt, dann wären wir jetzt schon weiter. Bei erneuerbaren ist der Anstieg nicht so groß. Und deswegen muss man einfach sagen, in der großen Koalition wir konnten uns nicht durchsetzen gegen die Bremserinnen und Bremser dort. Und ein zweites Riesenproblem - muss ich hier jetzt auch nochmal loswerden, einfach auch, dass Sie auch einschätzen können, woran liegt's - dass unsere Gasreserve privatisiert worden ist, ist ein Riesenfehler gewesen, den Herr Altmaier dort gemacht hat. Und das fällt uns jetzt auf die Füße. Bei Gas haben wir ein Riesenproblem und ich habe deswegen auch, haben wir vereinbart, Herr Prauße und ich, am Mittwoch werden wir, werde ich nochmal als Bundestagsabgeordneter auch mit ihm reden, wie wir was bei Fernwärme machen können. Aus meiner Sicht könnte Gasdeckel ein wichtiger Punkt sein.

Aber deswegen – früher hätte ich vielleicht gesagt "Mensch, so ein runder Tisch, der bringt was.", weil wir einfach so weit weg waren von den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Heute ist das nicht mehr so. Deswegen wir sind vollständig sensibilisiert. Und ich denke mal auch, dass ich angesprochen bin, mit Wissen des Oberbürgermeisters. Von daher: Dankeschön. Lassen Sie uns über den Städte- und Gemeindetag gehen. Das wird uns Rückendeckung geben. Danke."

Die Ergänzung des Beschlusstextes der Beschlussvorlage "Hohe Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden" (BV-P-ö/07/0187-0-01) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lautet:

"Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, über den Deutschen Städtetag Möglichkeiten zur Einbindung von Bund und Ländern zur sozialverträglichen Bekämpfung der gestiegenen Heizkosten zu eruieren und zu unterstützen."

Frau von Busse

. stellt klar, dass sie lediglich darauf hingewiesen habe, dass die Stadtverwaltung eine Flut an formlosen Anträgen von Menschen erhalte, die zusätzliche Heizkosten zahlen müssen. Allerdings würden sie keinen Antrag auf Wohngeld stellen, da sie das Formular nicht ausfüllen würden. Derzeit gebe es keine gesetzliche Grundlage, die Heizkostenzuschüsse an Anspruchsberechtigte für Wohngeld zu gewähren. Durch die kursierenden fehlerhaften Informationen und die damit einhergehenden zahlreichen Anträge hätten die Mitarbeitenden keine Möglichkeit, die Anträge der Anspruchsberechtigten schnellstmöglich zu bearbeiten. Sobald die gesetzliche Grundlage geschaffen sei, setze dies immer noch voraus, dass eine Anspruchsberechtigung für Wohngeld bei der jeweiligen Person vorliegen müsse. Sollte man bereits Wohngeld erhalten haben, sei kein weiterer Antrag notwendig. Die Auszahlung erfolge automatisch. Jeder könne seine gesetzlich verbrieften Ansprüche wahrnehmen, in dem er einen Antrag stelle. Aber dieser Antrag müsse ein Antragsformular, Belege, Einkommensverhältnisse. Mietverhältnisse und weitere Kosten beinhalten.

Frau Dr. Schwenke

. stellt klar, dass die Stadtwerke Greifswald GmbH die derzeitige Situation auf dem Energiemarkt nicht zu verantworten habe. Auf Anregung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen habe sie Herrn Prauße, Geschäftsführer der Stadtwerke Greifswald GmbH, um eine Einschätzung der Situation in Greifswald gebeten. Die Antwort sei sehr ausführlich erfolgt. Die nächste Sitzung des Fachausschusses finde in den Räumlichkeiten der Stadtwerke Greifswald GmbH statt. Der Brief müsste in allen Fraktionen angekommen sein. In der Antwort teile Herr Prauße mit, dass die Stadtwerke Greifswald GmbH vorgesorgt habe und sich die Bestandskunden für dieses Jahr noch keine allzu großen Sorgen über Gas- und Stromversorgung machen müssten. Bisher sei der Fokus von der Regierung hauptsächlich auf die Stromversorgung ausgerichtet gewesen. Die Fernwärme sei allerdings vernachlässigt worden.

. spricht sich gegen den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus.

Anmerkung der Protokollantin:

Die Antwort von Herrn Prauße wurde am 04.02.2022 auftragsgemäß über die Kanzlei der Bürgerschaft an die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen weitergeleitet.

Herr Alexander Krüger

- . hält es für wichtig, dass sich die großen beteiligten Institutionen zusammensetzen, um das weitere Vorgehen zu beraten.
- . teilt mit, dass die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald im vergangenen Jahr keine Mieterhöhung bei Bestandsmieten vorgenommen habe und dies auch nicht für dieses Jahr vorsehe.

Herr Hochschild

. beantragt Rederecht für Herrn Prauße, Geschäftsführer der Stadtwerke Greifswald GmbH.

Herr Liskow lässt über das Rederecht von Herrn Prauße abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Prauße

. ist derselben Ansicht, dass es wichtig sei, darüber zu reden, wie soziale Härten abgefedert werden können. Solche Preissprünge, die in einer Höhe seien, wie sie sonst nur im Mittel über ein gesamtes Jahr verteilt zu sehen sind, sehe er derzeit binnen zwei bis drei Tagen. Dabei handele es sich um Preissprünge von 15 bis 18 EUR pro Tag. Die Stadtwerke Greifswald GmbH habe sich früh dazu entschlossen von fossilen Brennstoffen Abstand zu nehmen.

Ab 2024 werden die Stadtwerke voraussichtlich in der Lage sein, 35 Prozent Fernwärme regenerativ zu bauen und zu erzeugen. Diese 35 Prozent seien dann unabhängig vom Gas- und CO₂-Preis. Ab 1. Dezember 2021 sei der Grundversorger gesetzlich verpflichtet, grundversorgten Kunden, die ihre Rechnung nicht bezahlen können, einen Zahlungsplan anzubieten sowie eine Schuldnerberatung durchzuführen. Dies praktiziere die Stadtwerke Greifswald GmbH schon über einen geraumen Zeitraum. Allerdings habe man nicht den direkten Zugriff auf die Mieter*innen.

Die Stadtwerke Greifswald GmbH sei daher offen für Gespräche mit Vermieter*innen, um eine Lösung zu finden. Momentan werde der Fernwärmepreis für das erste Quartal 2022 um ein Drittel gedeckelt. Die gesamte Thematik könne nur über Bund und Länder geregelt werden.

. habe in dem von Frau Dr. Schwenke genannten Brief deutlich gemacht, dass die Strompreise in diesem Jahr stabil bleiben würden, da die Beschaffung bereits in 2020 erfolgt sei. Dieser dämpfende Faktor fehle allerdings für 2023, da diese Beschaffung jetzt anfalle. Demnach seien Gespräche nötig, wie man diese Kosten abmildern könne.

Herr von Malottki

sei.

- . beantragt, dass sein Redebeitrag und der vorherige von Frau von Busse als Wortprotokoll in der Niederschrift wiedergegeben werden.
- . erklärt, dass ihm das Thema so wichtig sei, weil er als Vorsitzender der AG "Bezahlbarer Wohnraum" lange für einen Maßnahmekatalog gekämpft habe, der dann im April 2019 beschlossen worden sei. Dabei sei unter anderem vorgesehen, dass die Verwaltung beauftragt werde, eine Öffentlichkeitskampagne zur Steigerung des Bekanntheitsgrades von Wohngeldzahlung als finanzielle Unterstützungsmöglichkeit für Privathaushalte und von Wohngeldscheinen zu organisieren. Leider hätten viele Menschen, die einen Anspruch auf Wohngeld hätten, diesen noch nicht wahrgenommen. pflichtet Frau von Busse bei, dass dafür eine formelle Antragstellung notwendig

- . kämpft im Bundestag um eine Lösung hinsichtlich der Energiepreise.
- . teilt mit, dass das von Frau von Busse angesprochene Gesetz bereits auf dem Weg sei.

Herr Dr. Kerath

. geht auf die Aussage von Frau von Busse hinsichtlich der Öffentlichkeitskampagne zur Steigerung der Bekanntheit von Wohngeldzahlungen und Wohngeldscheinen ein und wiederholt, dass sie die Zusage diesbezüglich am 17.12.2018 getroffen habe.

Frau von Busse

. sagt, dass die Idee der Wohngeldkampagne von der Verwaltung entwickelt und von der AG "Bezahlbarer Wohnraum" aufgegriffen worden sei. Anschließend sei in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung im November 2019 über das weitere Vorgehen informiert worden. Öffentlichkeitsarbeit und Pressegespräche hätten dazu stattgefunden. Die Gespräche mit den Vermieter*innen seien laut dieser Zeitleiste für das Frühjahr 2020 geplant gewesen. Die Pressearbeit solle nun wieder aufgenommen werden. Zudem sei es immer wieder zu personellen Engpässen gekommen.

Herr Alexander Krüger

- . informiert, dass die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald es von Dezember bis heute geschafft habe, alle Mieter*innen zu informieren sowie Beratungsgespräche anzubieten. Daran erkenne man, dass dies auch in der Pandemie möglich sei.
- . könne nachvollziehen, dass die personell eingeschränkten Kapazitäten die Umsetzung erschwert hätten.

Frau Kalhorn verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Der Präsident der Bürgerschaft

- . lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion "Änderungsantrag zu Hohe Heizkosten abfedern soziale Härten vermeiden Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0187-0-01" (BV-P-ö/07/0187-0-02) abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 9.16.1).
- . lässt über die erweiterte Beschlussvorlage abstimmen.

Frau Socher und Herr Khalil verlassen die Sitzung der Bürgerschaft.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister mit den Stadtwerken Greifswald GmbH in Verbindung mit den Greifswalder Vermieter:Innen eine Lösung zu finden, um die sich aus den zur Zeit explodierenden Heizkosten bei der Fernwärme ergebenden finanziellen Konsequenzen, insbesondere bei Familien mit Kindern, Geringverdiener:Innen und Sozialleistungsbezieher:Innen, nicht nur bis zum Abklingen der Pandemie aber auch darüber hinaus sozial verträglich zu gestalten.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, über den Deutschen Städtetag Möglichkeiten zur Einbindung von Bund und Ländern zur sozialverträglichen Bekämpfung der gestiegenen Heizkosten zu eruieren und zu unterstützen.¹

¹ gemeinsame Änderung der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der

Sitzung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

9.16.1 Änderungsantrag zu Hohe Heizkosten abfedern - soziale Härten vermeiden

BV-P-ö/07/0187-0-02

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0187-0-01

behandelt unter TOP 9.16

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt neu gefasst:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister mit der Einberufung eines "Runden Tisch" zur Problematik der hohen Heizkosten. Einzuladen sind insbesondere die zuständigen Minister der Landesregierung M-V, die Greifswalder Bundestags- und Landtagsabgeordneten der an Bundesregierung und Landesregierung beteiligten Parteien sowie Vertreter der Energie- und Wohnungswirtschaft. Ziel ist eine Lösung zu finden, um die sich aus den steigenden Heizkosten ergebenden finanziellen Konsequenzen nicht nur bis zum Abklingen der Pandemie, sondern darüber hinaus, für alle Greifswalder sozial verträglich zu gestalten.

Beschlusskontrolle: Bürgerschaft 04.04.2022

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	mehrheitlich	6

10 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr König

- . bittet um eine Einschätzung hinsichtlich der massiven Schäden im Stadtforst.
- . möchte wissen, ob das vorhandene Personal diesbezüglich ausreiche oder ob die Bürgerschaft nachsteuern könne oder müsse. Gleiches betreffe den Wildtiermanager.
- . bittet um eine Beantwortung gern auch schriftlich –, ob

Verwaltungsmitarbeiter*innen sich politisch äußern dürfen.

Frau von Busse

- . antwortet, dass die Beantwortung zum Thema "Wald" nachgereicht werde.
- . sagt hinsichtlich der letzten Frage, dass sie lediglich Tatsachen wiedergegeben habe.

Herr Kremer

. teilt mit, dass sich der Wildtiermanager von seiner schweren Erkrankung erholt habe, jedoch mittlerweile wieder erkrankt sei. Man hoffe, dass er zum Ende der Woche wieder im Dienst sei. Die Wildschweinplage habe Herrn Knoll am Ende gut in den Griff bekommen.

Herr Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann

. zeigt anhand von Bildern einen Trampelpfad am Museumshafen, welcher aufgrund einer Baustelle entstanden und mittlerweile nicht mehr notwendig. Daher könne dieser gegebenenfalls eingesät oder abgezäunt werden.

Herr Al Najjar

- . erinnert an seine Frage aus der letzten Sitzung der Bürgerschaft hinsichtlich der Papierkörbe in der Pappelallee. Bisher stehe die Beantwortung noch aus.
- . macht darauf aufmerksam, dass der Erhalt eines Termins in der Führerscheinstelle weiterhin schwer falle. Seit Dezember versuche er, einen Termin zu erhalten.

Herr Rappen

- . sagt, dass die Moormanagerin über eine umfangreiche Wiedervernässung auch auf dem Stadtgebiet gesprochen habe.
- . möchte wissen, was diesbezüglich geplant sei und wann eine Vorstellung des Projektes vorgesehen werde.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass Greifswald mit der Moormanagerin national und international auf Interesse stoße und hier Vorreiter sei. Die Kollegin sei seit wenigen Wochen im Amt. Eine Bewerbung für ein umfangreiches Förderprojekt sei bereits erfolgt. Das Projekt werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit vorgestellt. Transparenz sei gerade bei diesem Thema von großer Bedeutung.

Frau Damm

. regt an, die Spielplätze überprüfen zu lassen. Der Sandstand sei flächendeckend zu niedrig.

Frau von Busse

- . dankt Frau Damm für den Hinweis. Es würden regelmäßig Prüfungen durchgeführt, jedoch werde die Anregung gern aufgenommen.
- . bittet um eine kurze Auflistung, um welche Spielplätze es sich handele, damit die Mitarbeiter*innen gezielt die Spielplätze aufsuchen können.

Herr Dr. Kerath

. beantragt im Namen seiner Fraktion die Aufbewahrung des Audio-Mitschnittes dieser Sitzung der Bürgerschaft für ein Jahr entsprechend der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Herr Al Najjar

. macht darauf aufmerksam, dass der Spielplatz in der Anklamer Landstraße (auf Höhe des Mendelejewweges) seit zwei Jahren außer Betrieb sei und fragt, ab wann dieser wieder in Betrieb genommen werden könne.		
Diese Frage we	erde schriftlich beantwortet.	
Anlage 1	Beantwortung der Frage von Herrn Al N Führerscheinstelle öffentlich	Najjar - Termine
11 Ende der Sitzung Der Präsident der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 21:02 Uhr.		
Präsident der Bürgerschaft:		Protokollant/in:
Egbert Liskow		Sarah Wiesenberg